



# VVN-Bund der Antifaschisten

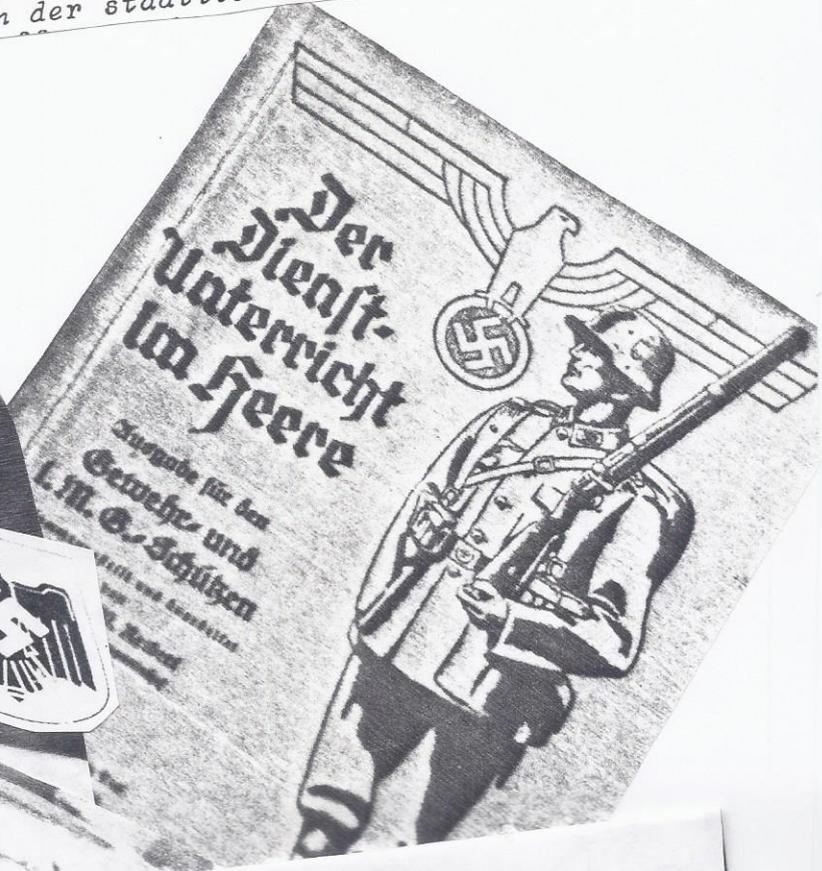
- Kreisvereinigung Lüneburg -

Postfach 1711

2120 Lüneburg

## DEMOKRATEN FORDERN VERBOT VON NS-PROPAGANDA

Wir, lüneburger Bürgerinnen und Bürger, stellen mit Empörung fest, daß auf dem (an jedem 2ten Samstag im Monat veranstalteten) Flohmarkt am "Alten Kran" Schriften, Abzeichen und Propagandamaterial faschistischem und faschistoiden Inhaltes ohne Eingreifen der staatlichen Organe vertrieben werden können



Liebe Leserin ! Lieber Leser !

Hakenkreuze und ausländerfeindliche Parolen finden sich heute auf Häuserwänden in jeder x-beliebigen bundesdeutschen Stadt. Wessen geistige Kinder sind diese "Wandmaler"? Woher haben sie ihre menschenverachtenden Gedanken? Woher erhalten sie ihr geistiges Rüstzeug? Wer bietet den - zumeist - Jugendlichen diese Alternative des Protestes und der Auflehnung vielleicht, gegen ihre unbefriedigende soziale, psychische und wirtschaftliche Situation?

Es gibt wohl kaum einen Bahnhofskiosk in der Bundesrepublik, der nicht einen gewichtigen Teil seines Angebots der kriegsverherrlichenden Literatur gewidmet hat. Neben diversen Bildbänden sind es vor allem auch die Landser (u.a.) -Hefte, die dort an den Leser zwecks Identifikation gebracht werden - in Millionenaufgabe. Wer indes genauer hinsieht, wird entdecken, daß es sich hierbei aber nur um einen kleinen Teil dieser neofaschistischen Beeinflussung der Bevölkerung handelt. Das Ziel bei all diesen "Angeboten": Die Verharmlosung der Verbrechen des deutschen Faschismus und die Verherrlichung des Krieges. Die Wochenzeitungen des organisierten Neofaschismus ("National-Zeitung", "Deutscher Anzeiger", u.a.) haben bereits ein Leserpublikum erreicht, das sich mit dem der auflagenstärksten Wochenzeitung "Die Zeit" messen kann. Unzählig sind die "kulturellen Beiträge", die in die gleiche Richtung gehen: Über "Hitler - eine Karriere " wird der größte Verbrecher der Menschheit glorifiziert; mit den Tagebüchern Hitlers wollte der "Stern" sein großes Geschäft machen; " Rambo " zeigt dem jungen Menschen, daß der Antikommunismus alles erlaubt - selbst den dreifachen Mord pro Minute.

Und die Regierungspolitik? Steuert sie diesen Tendenzen entgegen? Die Asylanten- und Ausländerpolitik unterscheidet sich nur in Nuancen von den Forderungen des organisierten Neofaschismus. Die als " Europa - Politik " verbreiteten Pläne zur Revision der Grenzen zu den östlichen Nachbarstaaten ( jedermann weiß, daß die Umsetzung dieser Pläne den Krieg bedeutet ), die Hochrüstung, die Abwälzung der Krisenlasten auf die unteren Einkommensschichten, der massive Abbau von Gewerkschaftsrechten, die direkte oder indirekte Unterstützung faschistischer Regimes - ob in Südafrika oder Chile -, von Mörderkommandos in Nicaragua, die Aufpeitschung einer neuen nationalistischen Welle und noch viel mehr - alles das sind die äußeren Bedingungen zur Entstehung und Kultivierung eines ideologisch- politischen Klimas, das uns die Erfahrung aus

Faschismus und Krieg vergessen machen soll. Es sind die äußeren Bedingungen, die zu einer Oberflächlichkeit des Denkens, zur Akzeptanz alt- und neofaschistischer Ideologie führen.

So ist es kein Wunder, wenn auch auf den Flohmärkten sich spezialisierte Händler mit faschistischer Literatur, Ausrüstungsgegenständen der NS- Wehrmacht und anderen sog. Militaria breit-machen, mit Haken-, Ehren- und sonstigen im faschistischen Raub-krieg erworbenen "Auszeichnungskreuzen", um sie an die - zumeist- Jugendlichen für teures Geld zu verkaufen - im Rahmen des sonstigen Flohmarktangebots zum täglichen Allerlei.

Die überlebenden KZ- Häftlinge von Buchenwald dokumentierten am 19. April 1945:" Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte faschistischen Grauen:... Die Vernichtung des Nazismus mit allen seinen Wurzeln ist unsere Losung!" Diese antifaschistische Tradition ist für uns Leitbild unseres Handelns - gegen die Vergeßlichkeit, die Gleichgültigkeit, gegen die Akzeptanz faschistischer Ausdrucksformen jeder Art. Letztlich: Die Vernichtung des Nazismus mit allen seinen Wurzeln!

Die vorliegende Dokumentation soll zur Information, in erster Linie aber als Ansporn zur Nachahmung dienen.

Wir wünschen unseren politischen Freunden dabei einen langen Atem.

Lüneburg, den 1. August 1986

# Flohmarkt



(Zusatz)



Nicht gestattet ist der Verkauf von:

- Gegenständen mit Nazi-Emblemen
- Literatur mit faschistischem Inhalt
- Kriegsspielzeug und Militaria

# Ordnung

Liebe Flohmarktbesucher,  
 liebe Flohmarktverkäufer,  
 40 Jahre nach Kriegsende und Zerschlagung der Nazi-Herrschaft werden auf unserem Lüneburger Flohmarkt immer noch (oder schon wieder) Nazi-Orden und Embleme sowie Bücher und Hefte mit militaristischem und faschistischem Inhalt angeboten. Spezialisierte Händler ziehen mit ihren Nazi- und Militärwaren von Flohmarkt zu Flohmarkt und werden so Ausrüster für Wehrsport- und Neonazi-Gruppen. Auch Kriegsspielzeug trägt dazu bei, Kinder und Jugendliche im militärischen Sinne zu "begeistern". Wir wollen nicht gleichgültig zusehen wie der Flohmarkt zum Umschlagplatz für Nazi- und Militärsachen und Kriegsspielzeug wird. Wir fordern vom Rat der Stadt, die Flohmarktordnung um die oben aufgeführten Punkte zu ergänzen.

\*\*\*\*\*  
 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes  
 VVN - Bund der Antifaschisten ,Postfach 1711, 2120 Lüneburg  
 \*\*\*\*\*

Die von Studenten des Fachbereiches Sozialwesen der Fachhochschule Nordostniedersachsen angeregte Unterschriftenaktion

> DEMOKRATEN FORDERN VERBOT VON NS-PROPAGANDA <

ist auf den zwei vergangenen Flohmärkten am alten Kran auf breite Zustimmung getroffen. Tatkräftige Unterstützung erhielten die Studenten von der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" und dem "Antifaschistischen Arbeitskreis".

Die Resolution, die sich gegen den Vertrieb von Schriften, Abzeichen und Propagandamitteln aus dem III. Reich ausspricht wurde bisher von gut 300 Lüneburger Bürger und Bürgerinnen unterzeichnet. Die Reihe der Unterzeichner reicht vom Bundes-Grenz-Schutz - Beamten, Soldaten, Juristen, Ärzten über Büroangestellte, Tischler, Pädagogen, Hausfrauen bis hin zu Studenten, Schülern und Auszubildenden.

In der Resolution wird der Rat der Stadt dazu aufgefordert, gegen die strafrechtlichen Schritte einzuleiten, die solches Material auf dem Flohmarkt vertreiben. Ebenso soll der Rat dafür Sorge tragen, daß verstärkt in Bildungseinrichtungen eine Auseinandersetzung mit National- und Rechts- extremismus stattfindet.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten fordert darüber hinaus, daß -wie anderen Ortes üblich- ein Absatz in die Flohmarktordnung aufgenommen wird, indem der Vertrieb solcher Stücke auf dem Flohmarkt untersagt wird.

Vom Oberstadtdirektor Faulhaber sind die Unterschriftenlisten inzwischen an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden, da der Vertrieb solcher NS-Materialien gegen die §§ 86 und 86a des Strafgesetzbuches verstößt.

# DEMOKRATEN FORDERN VERBOT VON NS-PROPAGANDA

Wir, Lüneburger Bürgerinnen und Bürger, stellen mit Empörung fest, daß auf dem (an jedem 2ten Samstag im Monat veranstalteten) Flohmarkt am "Alten Kran" Schriften, Abzeichen und Propagandamaterial faschistischem und faschistoiden Inhaltes ohne Eingreifen der staatlichen Organe vertrieben werden können, obwohl dies gegen die §§ 86 und 86a des Strafgesetzbuches verstößt.

Wir fordern alle im Rat der Stadt Lüneburg vertretenen Fraktionen auf, folgendes Anliegen im Interesse der unterzeichnenden Bürger/innen und der Wahrung demokratischer Rechte einzubringen und zu beschließen:

Der Rat der Stadt Lüneburg soll dafür Sorge tragen:

1. daß gezielt gegen diejenigen strafrechtlich vorgegangen wird, die nationalsozialistisches Propagandamaterial verbreiten;
2. daß gezielt geprüft und strafrechtlich verfolgt wird, wo –besonders auch im Handel– nazistische Symbole, Bücher, Filme und Schallplatten vertrieben und verbreitet werden;
3. daß die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dadurch verstärkt wird, daß
  - a) In öffentlichen Bildungseinrichtungen (Schulen, Volkshochschulen) vermehrt Unterrichtseinheiten und Kurse über den Nationalsozialismus und seine Ursachen, sowie den Neonazismus angeboten werden,
  - b) dafür und für eine breite Öffentlichkeit Unterrichtsmaterialien, Filme und Broschüren ausreichend zur Verfügung gestellt werden,
  - c) durch Wanderausstellungen und Vortragsveranstaltungen (unter der Beteiligung ehemaliger Nazi-Verfolgter) die Auseinandersetzung mit dem Nazismus offensiv an die Bevölkerung herangetragen wird.

Ich unterstütze diese Forderungen:

Name	Anschrift	Beruf	Unterschrift

E I N S E N D E N   A N   D E N   R A T   D E R   S T A D T   L Ü N E B U R G

Verantwortlich: Studenten des Seminars "Antifaschistische Jugendarbeit" an der Fachhochschule NON  
Fachbereich Sozialwesen      Munstermannskamp 1      2120 Lüneburg

# Echt Meißen für 200 Mark



Hoch oben vom Ausguck auf Vaters Schultern läßt sich das Flohmarktreiben vor der „Lüner Mühle“ hervorragend überblicken, können günstige Angebote störungsfrei geortet werden. Beispielsweise Bücher nach Gewicht, wie sie der kleine Buttje auf dem geblühten Campingstuhl feilhält, oder „Maria mit dem Kinde“ von einem unbekanntem Meister fürs elterliche Schlafzimmer. Mutters Schultertasche und Vaters Einkaufsnetz bieten jedenfalls genügend Tragekapazität auch für größere Einkäufe. Foto: mac

... Endlich dienen die Sonnenschirme an den Händlerständen wieder ihrem ursprünglichen Zweck: Schatten zu spenden. Familien mit Kind, Kegel und Hund, junge Leute und ältere Ehepaare nutzen das schöne Sommerwetter, auf dem Flohmarkt nach alten Schätzen zu fahnden. . . .

Nicht jedes Angebot findet die ungeteilte Zustimmung aller: Zwischen den Ständen sammelte der „VVN-Bund der Antifaschisten“ Unterschriften für einen Zusatz in die Marktordnung: Der Verkauf von Gegenständen mit Nazi-Emblemen, Kriegsspielzeug und Militaria solle auf dem Lüneburger Flohmarkt verboten werden. Innerhalb weniger Stunden kamen schon weit mehr als 100 Unterschriften zusammen.

LZ 12.8.85

## Protest gegen NS-Propaganda

... dt Lüneburg. Studenten der Fachhochschule Nordostniedersachsen protestieren gegen den Verkauf von Schriften, Abzeichen und Propagandamitteln aus dem Dritten Reich auf dem Lüneburger Flohmarkt. 300 Bürger haben ihre Aktion „Demokraten fordern Verbot von NS-Propaganda“ inzwischen unterstützt.

In einer Resolution fordern die Studenten den Rat der Stadt Lüneburg dazu auf, strafrechtliche Schritte gegen Flohmarkt-Anbieter einzuleiten, die Propaganda-Material aus der Zeit des Nationalsozialismus verkaufen. Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, die den Protest unterstützt, fordert, daß in der Flohmarkt-Ordnung ein Absatz aufgenommen wird, in dem der Vertrieb solcher Stücke untersagt wird.

Stadtdirektor Friedrich Schumann sprach sich gegen eine solche Reglementierung aus: „Man sollte nicht auch noch den Flohmarkt-Handel mit Satzungen reglementieren“, meinte er.

# In dieser Zeit

(Kürzungen bei Leserbriefen vorbehalten.)

## Flohmarkt

... berichtete die LZ mehrfach über die gleichgerichteten Aktionen und Forderungen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, einer Studentengruppe der Fachhochschule und der Jungsozialisten, die zum Ziel haben, daß auf dem Flohmarkt am Kran der Verkauf faschistischer Literatur, entsprechender Orden und Embleme verhindert wird — auch über eine Ergänzung der Flohmarktordnung durch entsprechende Bestimmungen.

Wenn Herr Stadtdirektor Schumann nun — um unsere Forderung zu entkräften — in der LZ v. 23. 8. 85 ausführt: „Man sollte nicht auch noch den Flohmarkt mit Satzungen reglementieren“, so zeigt diese Aussage einen hohen Grad an „Vergeßlichkeit“ des Stadtdirektors.

Eine Satzung, in der der Floh-

markthandel geregelt wird (Flohmarktordnung) existiert nämlich bereits; die neueste in der Fassung vom 28. 8. 84. Sie umfaßt acht Gliederungspunkte, über 25 Anweisungen, Gebote, Verbote usw. und trägt natürlich die Unterschrift des zuständigen Beamten der Stadtverwaltung: Friedrich Schumann.

Wir fragen: Was soll das? In einer Flohmarktordnung, die den Verkauf von Tieren und von neuen Industrie- und Handwerkswaren u. a. untersagt, muß Platz sein für eine Regelung, die den faschistischen Dreck vom Flohmarkt verbietet!

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten, Peter Asmussen, Wendenweg 15, 2123 Barum

LZ 12.8.85

LZ 12.9.85

Die Sozialdemokraten wollen in der Ratssitzung wissen:

# Was wird aus der Panzerstraße?

rau Lüneburg. Zum Angebot und Verkauf von Nazi-Emblemen auf dem Flohmarkt in Lüneburg soll jetzt der Rat der Stadt ein Machtwort sprechen. „Verbieten“, fordert die SPD-Fraktion. Einen entsprechenden Antrag bringt sie in die nächste Ratssitzung ein, die am Donnerstag, 26. September, von 16 Uhr an, im Huldigungssaal des Rathauses stattfindet.

Gedanken machen sich die Sozialdemokraten auch um eine mögliche Wiederverwendung des jetzt als Panzerstraße genutzten Deutsch-Evern-Weges nach der Fertigstellung der Ostumgehung. ...

Nazi-Embleme auf dem Flohmarkt am Stint — dazu soll der Rat der Stadt jetzt ein Machtwort sprechen.  
Foto: A/hei

Kaltenmoor darf nicht Geisterstadt werden:

# Der FINA-Äger im Rat

rau Lüneburg. Das Bekenntnis der Ratsfraktionen und der Verwaltung, den von der FINA/Protherm geschröpften Bürgern in Kaltenmoor bestmögliche Hilfe zu geben, war zwar Schluß-, aber auch Hauptpunkt der gestrigen Ratssitzung. Wichtigstes Ergebnis der Debatte: Einspruch gegen die Heizkostenabrechnung kann auch jetzt noch bei der Protherm erhoben werden! ...

In den Paragraphen des Gesetzes verding sich auch der Antrag der SPD-Fraktion, den Handel mit Nazi-Emblemen auf dem Flohmarkt durch einen Zusatz in der Flohmarktordnung zu verbieten. Der SPD-Beigeordnete Heinz Schlawatzky kritisierte, daß dieser Handel bislang geduldet würde. Daß die Überbleibsel brauner Vergangenheit nicht nur ein Dorn im Auge demokratischer Parteien ist, machte der Oberstadtdirektor deutlich: Eine ganze Reihe von Bürger-Eingaben seien bereits auf seinem Tisch gelandet. Und da der Handel mit nationalsozialistischen Emblemen laut §§ 86 und 86a Strafgesetzbuch verboten ist, habe er diese Eingaben an die Staatsanwaltschaft zur weiteren Bearbeitung weitergeleitet.

Während Bürgermeister Wolfgang Hartwig davor warnte, die Stadtverwaltung in staatsanwaltliche Funktionen zu drängen, fragte Ratsherr Helmut Dammann von den Grünen, weshalb die Staatsanwaltschaft auf dem Flohmarkt noch nicht tätig geworden sei? SPD-Ratsherr Waldemar Kirbach ermahnte die Ratversammlung, als Demokraten gegen solche Auswüchse rechtzeitig Stellung zu nehmen, Verstöße gegen das Gesetz seien keine Bagatellen. FDP-Ratsherr Dirk Hansen unterstrich die Zuständigkeit von Staatsanwaltschaft und Polizei, denn Bundesrecht stünde über dem kommunalen. Mit der Erklärung von Oberstadtdirektor Faulhaber, er habe die Staatsanwaltschaft bisher

dreimal auf die Gesetzeswidrigkeiten auf dem Flohmarkt hingewiesen, gab sich schließlich die SPD-Fraktion zufrieden und zog ihren Antrag zurück.

TOP: Antrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung der Flohmarktordnung  
( Verboten ist der Handel mit nationalsozialistischen Emblemen )  
Protokoll sinngemäß:

Mädge (SPD) leitet in den TOP ein:

Verbot des Verkaufs in die Flohmarktordnung aufnehmen, dann kann der Flohmarktdirektor das Verbot sofort umsetzen.

Schlawatzki (SPD): Der Verwaltungsausschuß hat sich bereits mit dem Thema befaßt. Es sind neue Gesichtspunkte hinzugekommen:

Trotz gesetzlicher Regelung werden auf dem Flohmarkt nationalsozialistische Embleme verkauft. Bisher wurde nicht dagegen vorgegangen. Um nun die Verwaltung tätig werden zu lassen ( und nicht erst auf eine Anzeige und/oder auf ein Einschreiten der Polizei/Staatsanwaltschaft zu warten ), soll ein entsprechender Passus in die Flohmarktordnung. Bisher hat die Verwaltung nichts getan.

Faulhaber, OStadtdir. (CDU): Er habe sich selbst mit der Angelegenheit geschäftigt. Der DGB-Kreis habe ihn angeschrieben und auch Bürger hätten sich in dieser Sache an ihn gewandt. Er habe die schriftlichen Eingaben an die zuständige Stelle (Staatsanwaltschaft) abschriftlich weitergeleitet.

Hartwig, Bürgermeister (FDP): Der Antrag soll abgelehnt werden. Er sieht es als unerträglich an, als Stadtrat und -verwaltung die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden in Zweifel zu ziehen und Strafverstöße anmahnen zu sollen. Die betroffenen Bürger sollten doch bei diesen Vorkommnissen die Polizei aufsuchen.

Mädge (SPD): Während der Kassierung der Standgebühren durch den Flohmarktdirektor soll ein Verbot wirksam werden können. Nicht erst, nachdem die Polizei geholt werden kann.

Dammann (Grüne): Die Stadt hat die Aufgabe, bei derartigen Fällen einen Verweis oder Ausschluß eines derartigen Händlers von sich aus zu betreiben und nicht erst abzuwarten, bis eine Anzeige von Bürgern kommt.

Keßler (CDU): Die Staatsanwaltschaft muß erst noch ermitteln. Solange sollte vom Rat erstmal abgewartet werden.

Hansen (FDP): Begrüßt, daß der Mißstand angesprochen wird. Der Oberstadtdirektor sollte mal bei der Staatsanwaltschaft nachfragen, sich über den Sachstand informieren und dann dem Verwaltungsausschuß berichten.

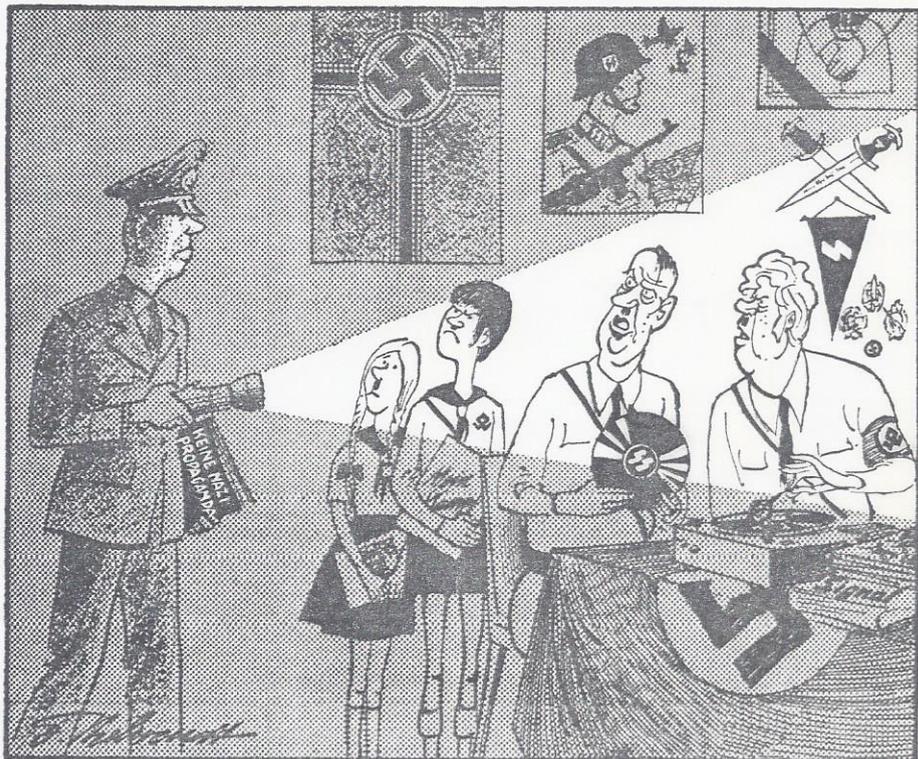
Faulhaber, Oberstadtdir. (CDU): Man solle seiner Meinung nach in dieser Sache nicht solch ein Aufhebens machen. Es gibt eben Sammler und Händler, die sich für diese geschichtlichen Dinge interessieren. Es ist für die Polizei und Staatsanwaltschaft eine Ermessensfrage, dort einzuschreiten oder nicht. Man sollte daraus keine spektakuläre Aktion machen.

Kirbach (SPD): Wenn es sich um Nazi - Sachen handelt, dann dauert es lange, bis etwas geschieht. Schon 1929 gab es Gesetzesverstöße der Nazis, die nicht geahndet wurden. Was danach geschah, ist jedem bekannt.

Faulhaber, Oberstadtdir. (CDU): Liest sein Schreiben an die Staatsanwaltschaft vor (Übersendung der Unterschriftenliste)." Mehr kann man wohl von dieser Verwaltung nicht verlangen!" ( Anmerkung: Zustimmung auf den Zuschauerbänken ).

Schimmelpfennig (CDU): Die SPD- Fraktion habe zwischenzeitlich ihren ursprünglichen Antrag ( Verkaufsverbot für Nazi- Embleme ) erweitert durch die Forderung nach dem Verbot auch für nationalsozialistische Schriften und Ausrüstungsgegenstände. Dieses bedeute eine neue Rechtslage. Bittet SPD um Vertagung und spätere Behandlung im Verwaltungsausschuß nach fraktionsinterner Diskussion.

Schlawatzki (SPD): Stimmt dem zu, läßt den Antrag vertagen.



„Es handelt sich nur um historische Studien!“

## Aus dem Gesetz Nr. 8 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland

vom 30. November 1945

### Artikel VII

Schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf abzielt, militärischen oder nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern, oder die Verherrlichung des Krieges zum Gegenstand hat, ist verboten.

Student/inn/en des Seminar "Antifaschistische Jugendarbeit"  
an der Fachhochschule Nordostniedersachsen  
Fachbereich Sozialwesen  
Munstermannskamp 1  
2120 Lüneburg

18.11.1985

An den Obersattdirektor  
Herrn Faulhaber  
Rathaus  
2120 Lüneburg

Betr.: Unterschriftenaktion "Demokraten fordern Verbot von  
NS-Propaganda"

Sehr geehrter Herr Faulhaber !

Nach dem wir Ihnen zahlreiche Unterschriftenlisten der oben  
benannten Aktion zugesandt haben, haben Sie uns mitgeteilt,  
daß Sie diese wegen der ausgesprochenen Straftatbestände an  
die Staatsanwaltschaft weitergeleitet haben.

Bei genauer Lektüre des Resolutionstextes hätten Sie feststellen  
müssen, daß diese an die im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen  
adressiert war und ist. Es ist das vordringliche Anliegen der  
Resolution, daß "der Rat der Stadt Lüneburg dafür Sorge tragen  
soll..." Da Sie die Staatsanwaltschaft auch durch Kopien von  
diesen Vorgängen in Kenntnis hätten setzen können, liegt die  
Vermutung nahe, daß Sie die Resolution vom Rat der Stadt haben  
fernhalten wollen.

Dies scheint uns keine Möglichkeit zur Lösung solcher Probleme  
zu sein, es sei denn für die Stadt Lüneburg ist Neofaschismus,  
der durch den Vertrieb solcher Dinge u.a. am Leben gehalten und  
unterstützt wird, kein Problem.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. 

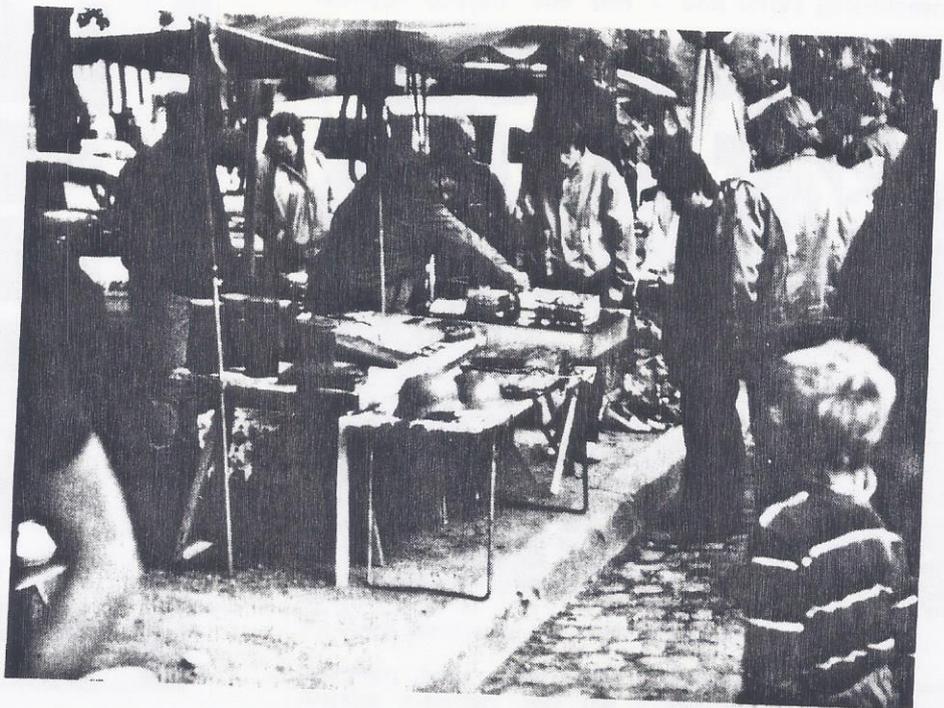
Ø an die Fraktionen im Rat der Stadt

# Die braune Gegenwart unter den Tisch des Hauses gekehrt

"Ein netter Herr ist das", meint die Flohmarktdirektorin, "schenkt mir immer einen Lütten ein, wenn ich Gebühren kassier", sonst sei ihr nichts Ungewöhnliches aufgefallen am Stand des "netten Herrn", der immer dichtumlagert ist, zumeist von jungen Leuten. Sein Angebot reicht von Stahlhelmen über Hakenkreuzen, Eisernen und sonstigen Weltkriegs-II Kreuzen bis zu "Olympia 1936", mit einem schönen Gruß von Adolf Hitler. Ein Eldorado für Lüneburgs Wehrsportgruppen und Nazi-Skins und alle, die gerne dazugehören wollen: da wird "Der Dienstunterricht im Heere" angeboten (Ausgabe für "Wehr- und MG-Schützen"), man erhält Literatur über die "Aufmarschräume der Sowjets" (Jahrgang 1936), "Der Werwolf" wird feilgeboten, "Unsere Flotte" weist einen Blick auf die "Heldentaten" deutscher Ahnen. Dann gibt es da natürlich noch Tellerminen, Original-Wehrmachtstaschenlampen, WK-II-Gasmaskenbehälter, Soldaten-Tornister und Wehrmachtsmäntel ("echt Leder"), eben alles, was so eine Wehrsportgruppe zur Ausrüstung benötigt. Und wem noch der rechte Zugang zu diesem faschistischen Scheiß (? d. Sätzer) fehlt, für den hat der "nette Herr" denn auch die zeitgemäßen Utensilien parat: Bundeswehrausrüstungsgegenstände (Gasmasken für die nächste Demo dabei?, d. ätzer). Als Einstiegsdroge reicht ein Schulterstück erstmal. Später zahlt sich alles aus. Später kommt dann noch so einiges hinzu und schon sind sie "stolz, ein Deutscher zu sein" wie die Nazi-Skins und deren Anhang und tragen auch das Ostpreußen-Wappen vor der Brust. Damit man weiß, wo's lang geht und was gemeint ist, mit "Deutschland den Deutschen". Ein ehemaliger KZ-Häftling dazu: "Wenn uns Ende '45 einer gekommen wäre, mit solchen Sprüchen und Abzeichen, der hätte gleich eins in die Fresse gekriegt." Es kam auch keiner. Die 256 von der SS ermordeten KZ-Häftlinge waren gerade erst im Wilschenbruch bestattet. Ja damals, da herrschte ein anti-faschistisches Klima im Lande, da wurde noch beschlossen: "Schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf abzielt, militärischen oder national-

sozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern, oder die Verherrlichung des Krieges zum Gegenstand hat, ist verboten." Das ist zwar heute immer noch geltendes Recht (Artikel 139 § 6), aber wer weiß das schon. Heute ist das anders. Da ist man liberaler, freiheitlicher, großzügiger.

So ist es auch ein Liberaler, der sich zu den Aktionen der VVN, Jusos und



Studentengruppen als erster öffentlich äußerst. Der Forderung, in der Flohmarktordnung einen Passus aufzunehmen, der den faschistischen und militaristischen Dreck von vornherein unterbindet, kontert Stadtdirektor Schumann (FDP): "Man sollte nicht auch noch den Flohmarkt-Handel mit Satzup en reglementieren" (LZ v. 23.8.85). Was sich hier so liberal-freiheitlich anhört, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Verarschung der Lüneburger LZ-Öffentlichkeit. Eine Satzup, die den Flohmarkt handelt, gibt es nämlich bereits. Sie umfaßt VIII; Lieferungs- und Verkaufspunkte, über 25. Anweisungen, Gebote, Verbote (z.B. wird

darin der Verkauf von lebenden Tieren und neuer Industrie- und Handelswaren untersat, und trägt natürlich die Unterschrift des zuständigen Beamten der Stadtverwaltung: Friedrich Schumann. Und; chauso freiheitlich und liberal wird dann auch am 26.9. im Rat der Stadt die braune Gegenwart unter den Tisch des Hauses gekehrt. "Der Antrag der SPD (Erweiterung der Flohmarktordnung) muß abgelehnt werden. Wenn sich ein Flohmarktbesucher betroffen fühlt, soll der doch die Polizei aufsuchen" (Hartwig, FDP, Bürgermeister). Und Faulhaber, CDU und Oberstadtdirektor: "Man sollte von dieser Sache nicht soviel Aufhebens machen. Es ist für die Staatsanwaltschaft und Polizei eine Ermessensfrage, ob sie auf dem Flohmarkt einschreitet oder nicht." Und außerdem hätte er sich wirklich bemüht: das Protestschreiben des DGB und die Unterschriftenliste (etwa 500) der Studentengruppe hätte er unverzüglich der Staatsanwaltschaft weitergeleitet. (Somit hat die Rasterfahndung wieder eine Menge zu tun bekommen...)

Und was weiß die Polizei von alledem? "Wenig", gibt Kriminalpolizeikommissar Ruffer zu (Komm. 7, Pol. Abteilung).

Bleibt zu hoffen, daß SPD und GRÜNE den Rat der Stadt nicht aus seiner Verantwortung entlassen, in eigener Kompetenz etwas gegen den faschistischen und militaristischen Dreck (diese unjournalistische Ausdrucksweise, ts, ts, d. sätzer) auf dem Flohmarkt zu unternehmen. An unterstützenden Aktionen – so hört man – wird es jedenfalls nicht fehlen.

Peter Asmussen  
VVN



# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisvereinigung Lüneburg -  
Peter Asmussen, Wendenweg 15  
2123 Barum, Tel.: 04133/7261

*An die Mitglieder  
des Rates der Stadt Lüneburg*

Barum, d. 15.1.1986

Betr.: Nazi- und Militarismuspropaganda auf dem Lüneburger Flohmarkt

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Organisation ehemaliger Verfolgter des Naziregimes und junger Antifaschisten wenden wir uns an Sie mit dem Anliegen, sich im Rat der Stadt für eine Unterbindung der Nazi-Propaganda auf dem Lüneburger Flohmarkt einzusetzen. Fast unbemerkt von den Verantwortlichen in Politik und Strafverfolgungsbehörden wurde der Flohmarkt von gewerblichen Händlern zu einem Umschlagplatz diverser Nazi-Literatur, faschistischer Orden, Embleme und sonstiger Militaria ausgebaut.

Auf die juristische Seite dieser Angelegenheit müssen wir Sie sicherlich nicht ausdrücklich aufmerksam machen. Die Erfahrungen aus Faschismus und Krieg haben schon die Alliierten bewogen, eindeutige Vertragsaussagen zu formulieren (Abkommen von Jalta und Potsdam) sowie eindeutige Rechtsvorschriften zu erlassen (insbesondere das Gesetz Nr. 8 vom 30. November 1945 des Kontrollrats), die später, 1949, über den Artikel 139 in das Grundgesetz Aufnahme gefunden haben und somit Verfassungsrang besitzen.

Uns geht es in diesem Schreiben darum, Sie auf die politische Dimension hinzuweisen:

Stärker noch als in den letzten 30 Jahren sind gerade heute Jugendliche und junge Erwachsene gefährdet, die nationalsozialistische Ideologie - oder große Teile des NS-Gedankenguts - zu übernehmen als persönlichen Ausweg aus einer - meist auch ökonomisch - schwierigen Situation. Dieses belegen alle neueren Untersuchungen, die sich mit diesem Thema befassen (s. Anhang: Literatur zum Thema). Die Ursachen und Wirkungen dieser Tendenz sind vielschichtig und sollen hier nicht in der ganzen

Breite vorgetragen werden. Tatsache aber ist, daß die faschistische Literatur, daß alle Sorten von NS-Emblemen, NS-Orden und Militaria eine große Anziehungskraft auf diese Jugendlichen ausüben.

Diese faschistischen Markenzeichen stellen einerseits Identifikationsobjekte für diese Jugendlichen dar, sie versinnbildlichen eine ominöse Suche nach "Kameradschaftlichkeit, Führertum sowie Nationalstolz" und sind dazu angetan, den Weg dieser Jugendlichen zur Neonazi-Szene - zumeist unter Zusammentreffen auch anderer Faktoren - abzukürzen. Sie dienen als Mosaikstein zur neofaschistischen Karriere. Nicht von ungefähr werden bei Haussuchungen bei Neonazis (sofern es sich um das offen terroristische Feld handelt) neben diversen Waffen auch ganze Arsenale von Nazi-Orden, -Literatur etc. gefunden. Auch hat die gesamte Palette von Militaria bis hin zu faschistischen Runenzeichen eine starke Bedeutung für diese Neonazis in einem bestimmten Abschnitt ihrer politischen Sozialisation gehabt.

Zum anderen gilt es - darauf möchten wir Sie ebenfalls hinweisen -, die Salonfähigkeit der faschistischen Ideologie, ihre Gleichrangigkeit in der Auseinandersetzung um gesellschaftspolitische Fragestellungen und Lösungswege, ihre Akzeptanz als Bestandteil der politischen Diskussion von vornherein, soweit sie sich in eben diesen Verkaufsartikeln auf dem Flohmarkt zeigt, zu unterbinden.

Diese Aufgabe darf aber nicht nur an die Staatsanwaltschaft und Polizei delegiert werden! Hier ist der Rat der Stadt gefordert, den politischen Auftrag und die politische Verantwortung dafür zu übernehmen, daß der Verkauf dieser Militaria und NS-Gegenstände auf dem Flohmarkt unterbleibt. Wir sind der Meinung, daß die ausschließliche Verantwortung hierfür weder dem antifaschistischen Engagement der Bürger noch dem Zufall des Entdeckens solcher Gegenstände durch die Polizei übertragen werden darf, sondern daß die Stadt sich ihrer eigenen politischen Verantwortung bewußt wird und eine Regelung trifft, derartige Verkaufsobjekte vom Flohmarkt fernzuhalten.

Sofern Sie hierfür keine eigenständige Verordnung erlassen wollen, besteht eine Möglichkeit darin, die Flohmarktordnung vom 29.8.1984 um entsprechende Passagen zu erweitern.

Wenn Sie als Rat der Stadt in Abs. III.1. der Flohmarktordnung den Verkauf von neuen Industrie- und Handwerkswaren, von Tieren u.a. verbieten, muß ein Verkaufsverbot für Nazi-Gegenstände und -Literatur doch wohl mindestens als gleichrangig und -gewichtig angesehen werden.

Wenn wir darauf hinwirken, daß eine entsprechende Passage in die Flohmarktordnung aufgenommen wird, tun wir das nicht zuletzt deshalb, weil bei "Zuwerhandlungen gegen diese Flohmarktordnung ... der Flohmarktdirektor berechtigt (ist), Personen vom Flohmarktgelände zu verweisen" (Abs. VIII.3.). Im Gegensatz also zu den Strafverfolgungsorganen, die lediglich zum Zeitpunkt ihres mehr oder weniger zufälligen Eingreifens die entsprechenden Artikel sicherstellen können, besteht hier die Möglichkeit, die Händler selbst des Flohmarktes zu verweisen. Auch diese Tatsache spricht dafür, die Frage des Verkaufs von NS-Gegenständen und Militaria in der Flohmarktordnung zu regeln, wie es in anderen Städten vorbildlich praktiziert wird (s. Anlage).

Wir möchten Sie deshalb abschließend dringend ersuchen, über die hier beschriebenen möglichen Aktivitäten des Rates der Stadt wirksam zu verhindern, daß diese Propagandamachwerke und sonstigen Militaria auf dem in Ihrem politischen Verantwortungsbereich stattfindenden Flohmarkt verkauft werden können - jene Materialien, die dazu beigetragen haben, daß Millionen Menschen in den Tod getrieben, Völker überfallen und ausgeplündert werden konnten.

Wir möchten Sie daran erinnern, daß auch Ihre Partei nach dem 8.5.1945 und zuletzt aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die NSDAP erklärt hat, alles zu unternehmen, damit sich so etwas nicht wiederholen kann.

Wir appellieren an Ihre persönliche politische Verantwortung als Mitglied des Rates der Stadt Lüneburg: Setzen Sie ein politisches Zeichen! Wehren Sie den Anfängen!

Wir bitten Sie, uns Ihre diesbezüglichen persönlichen Überlegungen und politischen Absichten mitzuteilen.

Mit freundlichem Gruß

P. Buntmann

## Literatur

- 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben ...", Die Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Rowohlt-aktuell, Reinbek b. Hamburg 1984, ISBN 3 499 14929 X
- A. Meyer/K.-K. Rabe, Unsere Stunde wird kommen, Lamuy-TB, Bornheim-Merten, 1983, ISBN 3 921521 19, darin insbes.: Die betrogene Generation, Hintergründe rechtsextremer Tendenzen unter Jugendlichen, S. 99ff
- J. Pomorin/R. Junge, Vorwärts, wir marschieren zurück, Die Neonazis, Teil II, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1979, ISBN 3 88142 219 6, darin insbes.: R. Junge, Kaufe Orden, Dolche usw., S. 115ff
- Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Hrsg.: W. Benz, Fischer-TB, Frankfurt a.M., ISBN 3 596 24259 2, darin insbes.: C.H. Meyer, Die Veredelung Hitlers, Das Dritte Reich als Markenartikel, S. 45ff
- Neofachismus, die Rechten im Aufwind, Hrsg.: GEW-Landesverband West-Berlin, SPV-Verlag, West-Berlin 1979, ISBN 3 88227 107 8, darin insbes.: H. Budde, Propaganda für den Faschismus, S. 38ff, und ders.: Parteiabzeichen für 15 DM, S. 42ff

Jürgen Backhaus  
z. Zt. Reha-Klinik  
Bad Segeberg

19. 2. 1986

Sehr geehrtes Herr Asmussen,  
vor einiger Zeit haben Sie mich als Ratsmit-  
glied der Stadt Lüneburg bezgl. Nazispropaganda  
auf dem Flohmarkt angesprochen. Ich danke  
für diesen sehr sachlichen Brief und kann  
Ihnen als Angehöriges des Jahrgangs 1928, der  
wohl verblendet der Kriegseinde unterstellt hat,  
meine volle Unterstützung zusagen, daß wir  
diese Zeiten nie wieder bekommen. Leider reger  
sich auf links Seite - was Wunder! - ähnlich  
extreme Dinge, die ich nicht gutheißen kann, doch  
ich denke, daß wir und vor der Kommunal-  
wahlen die SPD-Fraktion ein strenges Auge  
auf diese Tendenzen haben & sie bekämpfen  
wird. Leider bin ich seit Mitte Dezember  
erkrankt und auch noch einige Wochen lang  
nicht unmittelbar "einsatzfähig", bitte entschuldigen  
Sie deswegen auch meine späte Antwort,  
die ich aber für sehr wichtig halte.

Ich wünsche Ihres Abson vollen Erfolg  
& grüße Sie herzlich!

Ihre  
Jürgen Backhaus

LZ 26.2.86

Ratssitzung am Donnerstag:

# Mehr für Bäume und Hecken tun

es Lüneburg. Baumschutz in Lüneburg. Entschärfung der gefährlichen Straßeneinmündung Häcklingen/B 4, Radweg im Kurpark, behindertengerechte Busse im öffentlichen Personennahverkehr — das sind die herausragenden Themen eines ganzen Bündels von Anträgen, die der Rat der Stadt in seiner 47. Sitzung am Donnerstag, 27. Februar, von 16 Uhr an im Huldigungsaal des Rathauses zu bewältigen hat.

Die CDU-Fraktion drängt darauf, daß zur Vermeidung weiterer Unfälle auf der B 4 (Uelzener Straße — es gab schon mehrere Verkehrstote) die Geschwindigkeit auf 70 km/h begrenzt wird, und zwar aus Richtung Melbeck bereits 300 Meter vor Neu Häcklingen. Außerdem sei eine Abbiegespur aus Richtung Lüneburg zur Hauptstraße nach Häcklingen nötig.

Weiterhin wünschen die Christdemokraten: Busse mit behindertengerechten Eingängen, zum Beispiel für Rollstuhlfahrer. Die Verwaltung sollte mit dem Nahverkehrsunternehmen KVG-Röhlsberger Verhandlungen aufnehmen.

Gut fände die CDU, wenn die Kinder- und Jugendbücherei, die im Klosterhof entsteht, nach der schwedischen Kinderbuchautorin Astrid Lindgren (Pippi Langstrumpf) benannt würde. Außerdem legt die Fraktion Wert darauf, daß die Jahresberichte der Ratsbücherei und der Musikschule rechtzeitig dem Rat zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls zur Beratung vorgelegt werden.

Die SPD-Fraktion macht sich stark für eine Baumschutzsatzung. Danach sollen Bäume, Hecken und Gehölzgruppen im gesamten Stadtgebiet geschützt werden, ausgenommen beispielsweise Beerenobstkulturen. Begleitend dazu soll ein Baumkataster angelegt, und zu dessen

Fortschreibung sowie zur Bearbeitung von Befreiungsanträgen und dergleichen sollen zwei neue Stellen geschaffen werden, eventuell mit finanzieller Beteiligung Dritter, z. B. dem Arbeitsamt.

Wer vorsätzlich oder fahrlässig geschütztes Grün „entfernt, zerstört, beschädigt, wesentlich verändert oder derartige Eingriffe vornehmen läßt“, heißt es in der Satzung, kann mit einer Geldbuße bis zu 5000 Mark bestraft werden.

Schließlich fordern die Sozialdemokraten, „unter Ausnutzung aller rechtsstaatlichen Mittel und Wege“ der NPD die Benutzung öffentlicher Räume in Lüneburg zu versagen und den Verkauf von nationalsozialistischen Emblemen, Schriften und Ausrüstungsgegenständen auf dem Flohmarkt zu verbieten.

Die Grünen sorgen sich um die Sicherung des Weges zur Hasenburger Schule und beantragen deshalb, auf der Trasse der inzwischen beseitigten Eisenbahngleise im Westteil des Kurparks einen Fuß- und Radweg anzulegen. Und was das Grün in der Innenstadt betrifft, so wollen die Grünen, daß die Pflanzkübeln zum Erdreich hin geöffnet werden, damit auch größere Sträucher und Bäume ihre Wurzeln ausbreiten können.

Weiter geht es unter anderem um die Haushaltsrechnung der Stadt und der von ihr verwalteten Hospitäler zum Graal, zum Großen Heiligen Geist und St. Nikolaihof für das Haushaltsjahr 1985.

Und unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen“ wollen beispielsweise Ratsherr Dirk Hansen (FDP) und Beigeordnete Susanne Pulsfort (CDU) wissen, ob die Verwaltung die Einrichtungen für landfahrende Sinti und Roma auf den Sülzwiesen für ausreichend und angemessen hält.

LZ 1.3.86

## Verbannt vom Flohmarkt

es Lüneburg. Auf dem Flohmarkt dürfen keine nationalsozialistischen Embleme, Schriften und Ausrüstungsgegenstände mehr verkauft werden. Dies beschloß der Rat auf Antrag der SPD-Fraktion.

Zur Frage der Benutzung öffentlicher Räume durch die NPD einigte sich das Stadtparlament auf die Formel: Veranstaltungen der Nationaldemokraten seien unerwünscht. Deren rechtsradikalen Aktivitäten müsse jedoch mit politischen, nicht mit rechtlichen Mitteln begegnet werden.

Ratsbüro  
10 24 22

Datum

6. Februar 1986

An die

- Mitglieder des \_\_\_\_\_  
 Mitglieder des Verwaltungsausschusses  
 Mitglieder des Rates und die Dezernenten

## SITZUNGSVORLAGE

Zu beschließen im

Verwaltungsausschuß

Rat

TOP	der	am
	Sitzung des Fachausschusses	
S. 1. 2	109. Sitzung des Verwaltungsausschusses	25.02.86
3. 2	47. Sitzung des Rates	27.02.86

**Bezeichnung des TOP:**

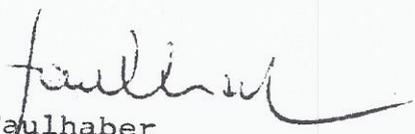
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.02.86 zur Flohmarktordnung

**Beschlußvorschlag (anschließend gegebenenfalls Begründung):**

Am 6. Februar 1986 ist folgender Antrag der SPD-Fraktion eingegangen:

"Der Rat der Stadt Lüneburg möge beschließen:

1. Die Flohmarktordnung der Stadt Lüneburg vom 28.08.1984 wird unter Ziffer III "Erlaubte Tätigkeiten", Nr. 1, durch einen Absatz 1 e ergänzt.
  - e) Der Verkauf von nationalsozialistischen Emblemen, Schriften und Ausrüstungsgegenständen.
2. Der "Flohmarktdirektor" wird angewiesen, die strikte Einhaltung des Absatzes 1 e durchzusetzen und bei Zuwiderhandlung von der Möglichkeit der Verweisung vom Flohmarktgelände gem. Ziffer VII, Nr. 3, der Flohmarktordnung Gebrauch zu machen."

  
Faulhaber

## Glockenhaus: Ausstellung über Neofaschismus in der Bundesrepublik

# Mit Filmen gegen den Ausländerhaß

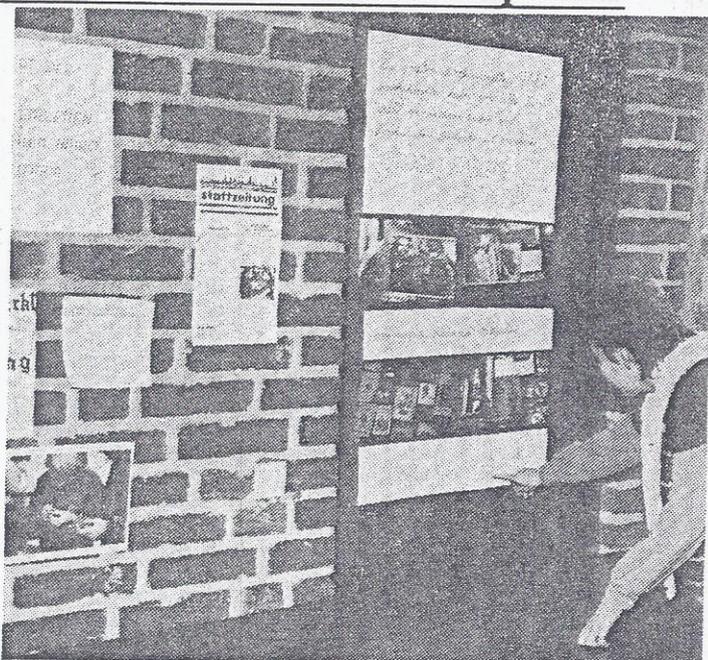
rast Lüneburg. „Raus aus den Klassenräumen, ran an die Öffentlichkeit“ heißt es drei Tage lang für einige Lüneburger Lehrer. Gestern wurde im Glockenhaus die Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ von der Lehrgewerkschaft GEW, der pädagogischen Initiative Lüneburg „PädIn“ und dem Bund der Antifaschisten eröffnet.

Der Titel täuscht. Er bezieht sich nur auf einen der drei Ausstellungsschwerpunkte. Daneben geht es um den Neofaschismus in Lüneburg, und eine Schülerausstellung wendet sich gegen die Ausländerfeindlichkeit. Auch die Schülerinitiative bezieht sich auf den Lüneburger Raum.

Informiert wird an Hand von Filmen, Dia-Vorträgen und Schautafeln mit Zeitungsberich-

ten. Das Schwergewicht liegt auf Lüneburger Ereignissen des vergangenen Jahres. So beispielsweise gibt es Berichte über fünf junge Männer, gegen die Ermittlungsverfahren wegen „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung“ eingeleitet worden sind. Die fünf hatten rechtsextremistische Plakate in der Kalandstraße geklebt. Etliche Fotos zeigen den Verkauf von Orden aus der nationalsozialistischen Zeit auf dem Lüneburger Flohmarkt.

Die Ausstellung ist noch bis einschließlich Mittwoch täglich von 9 bis 18 Uhr zu sehen. Im Mittelpunkt steht heute der Ausländerhaß mit Filmaufnahmen über die Ermordung des Türken-Romacan Avci.



Gegen den Verkauf von faschistischen Emblemen richtet sich ein Teil der Ausstellung im Glockenhaus.

Foto: mac

L 2 17.12.19.3.86

### Ausstellungen

Glockenhaus: „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“, 9—18 Uhr.

L 2

17.3.86

## Diskussion um Neofaschismus

rast Lüneburg. „Neofaschismus in Lüneburg.“ Unter diesem Motto steht am Mittwoch, 19. März, von 20 Uhr an eine Diskussionsrunde im Glockenhaus. Über seine Erfahrungen in Fußballstadien wird Bernd Langer vom HSV-Fanclub berichten. Veranstalter sind GEW, PädIn und der Bund der Antifaschisten.

## Skins als Vertreter des Neofaschismus

rast Lüneburg. „Die einen fühlen sich betroffen, die anderen werden von Schlägen getroffen.“ Ein jugendlicher Punk drückt am besten aus, was viele der 80 Teilnehmer der Diskussion „Neofaschismus in der Bundesrepublik“ im Glockenhaus dachten.

Geladen hatten die Lehrgewerkschaft GEW, die Initiative arbeitsloser Pädagogen (PädIn) und der Bund der Antifaschisten (VVN). Einen breiten Raum in der Diskussion nahmen die Skinheads ein — für viele Gesprächspartner die Vertreter des neuen Faschismus. Lüneburger Lehrer plauderten aus ihren Erfahrungen mit den

Skins. Etliche Teilnehmer wehrten sich dagegen, alle Skinheads über einen Meinungs-Kamm zu scheren. Ein Lehrer: „Mir hat beispielsweise einer der jungen Leute erzählt, daß er sich kurz vor Antritt seiner Lehre die Haare wachsen lassen will — man kann sie also noch positiv beeinflussen.“

Ähnliche Erfahrungen machte auch Sozialpädagoge Horst Wittekmann vom Fanprojekt HSV. Er erzählte an Hand von Dias über die Geschehnisse in den Fußballstadien, „wo fliegende Händler faschistische Embleme an den Fan bringen“. Kritik auch daran, daß auf dem Lüneburger Flohmarkt Schriften faschistischen Inhaltes verkauft werden.

„Um gegen den Neofaschismus anzugehen“, faßte Gesprächsleiter Peter Asmusen, VVN-Kreisvorsitzender, zusammen, „müssen der Öffentlichkeit zunächst die Gefahren des Neofaschismus aufgezeigt werden.“

## Diskussionsrunde zum Neofaschismus

rast Lüneburg. Mit Filmen, Dia-Vorträgen, Diskussionen und Büchern wird von Montag bis Mittwoch im Glockenhaus über den Neofaschismus in der Bundesrepublik informiert.

Die Veranstalter — die Lehrgewerkschaft GEW, die Pädagogische Initiative Lüneburg „PädIn“ und der Bund der Antifaschisten — haben ihre Ausstellung in drei Teile gegliedert. Themenschwerpunkte sind der Neofaschismus in der Bundesre-

publik, eine Ausstellung von Schülern zur Ausländerfeindlichkeit und der Neofaschismus in Lüneburg.

Geöffnet ist die Ausstellung, die vormittags auch von Schulklassen ohne Anmeldung besucht werden kann, von 9 bis 18 Uhr.

Zum Abschluß gibt es am Mittwoch, 19. März, 20 Uhr, eine Diskussionsrunde. Teilnehmen wird neben Vertretern von Stadt und Polizei Bernd Langer vom HSV-Fanclub.

L 2

21.3.86

L 2 13.3.86

REPARATURDIENST  
Hiers-Georg  
**Röhke**  
 GAS - WASSER - KLEMPNEREI  
 ☎ 4 30 24

Erinnern Sie sich noch?

Im letzten Jahr haben wir wohl keinen Flohmarkt ausgelassen, um dagegen zu protestieren, daß spezialisierte Händler Nazi-Orden und Embleme sowie Bilder, Bücher und Hefte mit faschistischem Inhalt hier anbieten dürfen. Zahlreiche Flohmarktbesucher haben sich in unsere Unterschriftenlisten eingetragen und mit uns vom Rat der Stadt Lüneburg das sofortige Verbot dieser Naz-Abzeichen und Literatur gefordert.

Am 27.2.86 hat nun der Rat -in einem zweiten Anlauf- auf unsere Aktivitäten positiv reagiert und in einem Antrag der SPD die Flohmarktordnung erweitert.

**STADT LÜNEBURG**  
**Der Oberstadtdirektor**

Ratsbüro.  
10 24 22

Verboten ist nunmehr:

e) Der Verkauf von nationalsozialistischen  
Emblemen, Schriften und Ausrüstungsgegenständen.

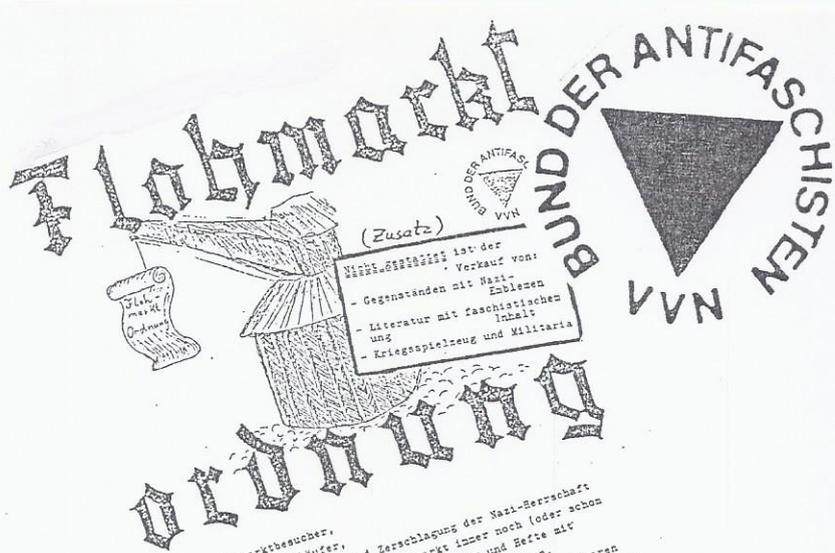
Der "Flohmarktdirektor" wird angewiesen, die strikte Einhaltung des Absatzes 1 e durchzusetzen und bei Zuwiderhandlung von der Möglichkeit der Verweisung vom Flohmarktgelände gem. Ziffer VII, Nr. 3, der Flohmarktordnung Gebrauch zu machen."

Dieser Ratsbeschuß entstand aber nicht  
von allein.

Noch beiner ersten Behandlung des Themas im Rat (Sept.85) wurde unser Anliegen nur von der SPD und den Grünen unterstützt, von der CDU und FDP aber abgeschmettert. Mit Polemik, wahrheitswidrigen Aussagen und politischer Dreistigkeit wurde unsere Sache vom Tisch des Rats gefegt. Oberstadtdirektor Faulhaber (CDU) sah keine Notwendigkeit, gegen den Nazi-Mandel vorzugehen und "man solle von dieser Sache nicht solch ein Aufhebens machen." Bürgermeister Hartwig (FDP) stieß ins gleiche Horn: "Der Rat hat mit diesem Problem nichts zu tun."

Jetzt erst recht.

Trotz dieses entmutigenden Ratsbeschlusses aber wurden weiter Unterschriften gesammelt, wurde weiter diskutiert. Die Haltung der Rats-Mehrheit stank ja zum Himmel: Wann endlich wird verhindert, daß die faschistische Ideologie sich auf dem Flohmarkt breitmachen kann, daß dort Propagandamaterialien verkauft werden können, die mit dazu beigetragen haben, daß Millionen Menschen in den Tod getrieben, Völker überfallen und ausgeplündert wurden? Wann endlich werden die Lehren des Fa-



Liebe Flohmarktbesucher,  
Liebe Flohmarktverkäufer,  
40 Jahre nach Kriegsende und Zerschlagung der Nazi-Herrschaft werden auf unserem Lüneburger Flohmarkt immer noch (oder schon wieder) Nazi-Orden und Embleme sowie Bücher und Hefte mit militaristischen und faschistischen Inhalt angeboten.  
Spezialisierte Händler ziehen mit ihren Nazi- und Militärwaren vom Flohmarkt zu Flohmarkt und werden so Ausrüster für Wehrsport- und Neonazi-Gruppen.  
Auch Kriegsspielzeug trägt dazu bei, Kinder und Jugendliche in militaristischen Sinne zu "begeistern".  
Nicht gleichgültig zusehen wie der Flohmarkt zum Ausrüster für die NSDAP wird, ist die Pflicht jedes Lüneburger.  
Wir bitten Sie, die Flohmarktordnung um die Einhaltung des Absatzes 1 e zu ergänzen.  
Der Rat der Stadt, die Flohmarktordnung um die Einhaltung des Absatzes 1 e zu ergänzen.  
Stadtdirektor  
Postfach 1711, 2120 Lüneburg

schismus gezogen, den Anfängen zu wehren? Unsere gemeinsamen monatelangen Bemühungen haben aber schließlich doch zum Erfolg geführt. Auf seiner Februar-Sitzung des Rates hat sich unser Anliegen schließlich doch durchsetzen können (siehe oben). Wir sehen also: Um antifaschistische Fortschritte in Lüneburg durchzusetzen, bedarf es einen sehr langen Atems.

Aber: Unsere Wachsamkeit ist auch weiterhin gefordert.

Aus Erfahrung wissen wir aber: Ein Ratsbeschuß allein schafft den faschistischen Dreck noch nicht vom Flohmarkt. Zu oft haben wir sehen müssen, daß Neo-Nazis trotz klarer Rechtsgrundlage geduldet und geschont werden. Recht und Wirklichkeit sind oft zweierlei. Es kommt auch auf uns Flohmarkt-Besucher ( und die meisten Händler) an, ob der Ratsbeschuß Realität wird. Wir bitten Sie deshalb, mit uns darauf zu achten, daß keine faschistischen Schriften, Embleme oder Ausrüstungsgegenstände hier zum Kauf angeboten werden. Benachrichtigen Sie die "Flohmarktdirektorin" und auch uns, wenn diese Dinge hier weiter zum Verkauf ausliegen. Achten Sie darauf, ob die "Flohmarktdirektorin" einen solchen Händler auch wirklich vom Flohmarkt schmeißt.

Wenngleich wohl mit dem Ratsbeschluss den Neofaschisten die Möglichkeit genommen ist, sich ideologischen Nachschub in Sachen Literatur und Orden über den Flohmarkt zu beschaffen, verbleiben ihnen aber noch viele Möglichkeiten, ihr Unwesen in Lüneburg zu treiben.

Beispiel: Neofaschistentreffen im Schützenhaus.

Während die Betreiber des Hotel Wellenkamp im letzten Jahr nach bereits erfolgter Zusage doch noch soviel Zivilcourage aufbrachten, ein Treffen von Neonazis in ihrem Hotel zu verhindern, ist so etwas für die Betreiber des Schützenhauses, die Allgemeine Schützengesellschaft Lüneburg und den Pächter des Schützenhauses wohl nicht denkbar. Im Gegenteil: Das Schützenhaus öffnet schon seit Jahren ihre Tore weit für alle möglichen Sorten von Neofaschisten und Revanchisten. Überhaupt keinen Skrupel kennt dabei der Hauptverantwortliche für das Schützenhaus, H. Wedemeier, Präsident der Schützengesellschaft und gleichzeitig (mag das ein Zufall sein?) Geschäftsführer der Lüneburger CDU.

das Ziel, zusätzlich den nichtorganisierten neofaschistischen Kräften Aussprachemöglichkeiten und Entfaltung zu geben.

In enger Verzahnung mit diversen neofaschistischen Organisationen wie der Deutschen Kulturgemeinschaft, dem Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes, der Gesellschaft für freie Publizistik, dem Bund Heimattreuer Jugend u.a. - die ihrerseits wiederum Verbindungen zum harten, militanten Kern des Neofaschismus unterhalten - finden diese Veranstaltungen nun schon traditionell im Schützenhaus statt.

In Ludwigsburg, wo Anfang März ein "Süddeutsches Forum" stattfand (eine Parallelveranstaltung zum Lüneburger "Norddeutschen Forum") distanzierte sich der Rat der Stadt mit den Stimmen der CDU einstimmig von der Neofaschistischen Zielsetzung der dortigen Veranstaltung. Anders in Lüneburg bei uns: Hier werden diese Neofaschisten vom Geschäftsführer der CDU auch noch begrüßt und können in den Räumlichkeiten der Schützengesellschaft ihre Tagungen abhalten.

Es stinkt zum Himmel, wie hier bei uns

Stichpunkte zu Referenten des "2. Norddeutschen Forums" im Schützenhaus:



Der neue ASL-Präsident Hans Wehdemeler. Foto: mac

L 2 u. 13.3.85

**Gernot Mörig** - ehemaliger Bundesvorsitzender, jetzt Vorsitzender des Ehrenrates des Bundes Heimattreuer Jugend, welche in der Tradition der Hitler-Jugend steht. Mörig veröffentlichte seine Vorstellungen in den neofaschistischen Zeitschriften "Mut" und "Nation Europa". Er vertritt völkisch-rassistische Zielsetzungen und orientiert sich nach Hitlers Vorbild an einem Großdeutschen Reich.

**Botschafter a.D. Horst Groepper** - seine Thesen, u.a. "fremde Mächte und Waffen raus aus Deutschland" wurden in der Nationalzeitung anerkennend zitiert und als übereinstimmend mit dem NPD-Programm bewertet.

**Prof. Emil Schlee** - als 1. Bundesvorsitzender der "Landmannschaft Mecklenburg" hoher Funktionär im organisierten revanchistischen Spektrum, publiziert in neofaschistischen Organen. Er strebt die Gründung einer weiteren neofaschistischen Partei - neben der NPD - an. 1985 trat er aus der CDU aus, weil ihm die revanchistische Politik der Bundesregierung noch zu zurückhaltend ist.

**Prof. Bernhard Willms** - Prof. an der Universität Bochum, bezeichnet sich selbst als "Nationalphilosoph". Willms veröffentlicht ebenfalls in den Zeitschriften "Mut" und "Nation Europa". 1983 referierte er bei der Jahrestagung der "Gesellschaft für freie Publizistik", die laut Verfassungsschutzbericht 1984 zu den "rechtsextremistischen Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen" gezählt wurde. Die Greuelthaten der Nazis in den KZ bezeichnet er als "Propagandaenthüllungen der Sieger". Willms ist Mitherausgeber des rassistischen "Heidelberger Manifest".

Erst vor zwei Monaten fand dort wieder eine Großveranstaltung der äußersten Rechten statt (Anfang April). Diese, als "2. Norddeutsches Forum" getarnte angebliche "kulturpolitische" Veranstaltung verfolgte den Zweck, erzkonservative, revanchistische und neofaschistische Gruppen zusammenzuführen, diente als Umschlagplatz für alle möglichen Theorien, Publikationen und Aktionsorientierungen der Neuen Rechte und hatte

die zwingende Bestimmung des Grundgesetzes, daß alle faschistische Propaganda verboten ist, mit Füßen getreten wird und man sich in gewissen Kreisen auch noch dafür hergibt, diesen Neofaschisten Zusammenkünfte und Diskussionsmöglichkeiten zu schaffen.

Wir sehen also: es reicht nicht aus, den faschistischen Dreck vom Flohmarkt zu fegen, wir müssen auch das Schützenhaus säubern.

W A R N U N G

Jürgen v. Bergner (1978)

Ich hör' sie schon wieder marschieren -  
noch von ferne in Reihe und Glied -  
das Braunhemd noch unter der Parka  
und gedämpft das Horst-Wessel-Lied.

Doch näht schon manch' höhere Tochter  
Hakenkreuze aufs Fahnentuch,  
der pensionierte Studienrat  
kramt nach dem HJ-Liederbuch.

Refr.: Aber heute ist nicht gestern,  
dies ist eine andere Zeit;  
vor der Rückkehr der Faschisten  
bewahrt uns die Einigkeit.

Zwoote-Weltkriegs-Generäle  
steh'n stramm mit der Knarre bei Fuß,  
der beinamputierte Blockwart  
trainiert schon den deutschen Gruß.

"Adolf Hitler, eine Karriere",  
"Josef Goebbels, das Tagebuch",  
Bundeswehrkameradschaftsabend  
mit SS-Kameraden-Besuch.

Aber heute ist nicht gestern...

Josef Strauß lobt die Freiheit in Chile,  
schüttelt herzlich dem Henker die Hand,  
derweil hier verlaufen die letzten  
NS-Prozesse im Sand.

Jemand drängt, ein Gedicht zu verbrennen,  
Juden-Puppen aus Stroh brennen schon,  
CDU fordert laut Todesstrafe,  
wer zur Vorsicht ermahnt, erntet Hohn.

Aber heute ist nicht gestern...

Da erheben sich Veteranen  
aus KZ's, aus dem Widerstand,  
demonstrier'n in gestreiften Kleidern  
gegen Nazis in unserem Land.

Sie warnen die Demokraten,  
daß, wer nicht den Anfängen wehrt,  
vom Griff des Faschismus erwürgt wird,  
hat uns die Geschichte gelehrt.

Aber heute ist nicht gestern... (bis)